

# STADT GRÜNBERG

## Fraktionsantrag

Drucksache VL-52/2022

- öffentlich -

Datum: 16.03.2022

Aktenzeichen	
Federführender Fachbereich	Innere Verwaltung
Bearbeiter/in	

Beratungsfolge	Termin	Beratungsaktion
Stadtverordnetenversammlung	10.03.2022	beschließend

### **Betreff: Gemeinsame Resolution aller Fraktionen bezüglich Versammlungsfreiheit, Vielfalt und Toleranz im Zusammenhang mit den „Montagsspaziergängen“ in Grünberg**

#### Beschlussvorschlag:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

- Die Stadtverordnetenversammlung bekennt sich zur Versammlungsfreiheit und zur freien Meinungsäußerung. Demonstrationen, Proteste und Kundgebungen sind wichtig aber unter Einhaltung der gesetzlich vorgeschriebenen Auflagen.
- Die Stadtverordnetenversammlung appelliert an die Versammlungsteilnehmer/-innen sich nicht mit verfassungsfeindlichen Gruppen zu solidarisieren. Die Gleichsetzung mit NS Regime Opfern und damit der Verharmlosung des Holocaust lehnen wir ab.
- Die Stadtverordnetenversammlung steht für Vielfalt und Toleranz, für einen respektvollen Dialog zwischen Kritikern und Befürwortern und Achtung der Meinungsfreiheit.

#### Begründung:

Seit 4 Wochen finden zentral in Grünberg Montagsspaziergänge gegen die Corona-Schutzmaßnahmen statt. Hierzu reisen Menschen aus der gesamten Region Mittelhessen an. Wir in der Stadtverordnetenversammlung vertretenen Parteien und Wählervereinigungen sind nicht gegen das Demonstrationsrecht oder möchten die Meinungsfreiheit einschränken. Die Diskussionen gehen quer durch alle Gruppen unserer Gesellschaft. Der Austausch verschiedener Meinungen und Ansichten sind eminent wichtig.

Wir appellieren jedoch an die Teilnehmer der Spaziergänge, schauen Sie sich bitte um und vergewissern Sie sich, mit wem sie demonstrieren. Bieten Sie Rechtsextremisten oder Reichsbürgern keine Plattform. Halten Sie bitte die Corona-Schutzmaßnahmen zum Schutz aller ein.

Das tragen verfassungsfeindlicher Symbole oder der Vergleich mit den mutigen Demonstranten der Montagsspaziergänge der DDR verbietet sich in diesem Zusammenhang unserer Auffassung nach. Gar das Gleichsetzen mit den Opfern des NS Regimes ist unhaltbar und unerträglich, dies verharmlost den Holocaust und die Folgen von faschistischer Willkür.

Es ist unlogisch, von Freiheitsrechten öffentlich Gebrauch zu machen und gleichzeitig eine „Coronadiktatur“ zu beklagen. In einer Diktatur sind Kritiker im Gefängnis, sofern sie noch leben. Dafür

gibt es auf der Welt genug Beispiele. Nur im funktionierenden Rechtsstaat kann man Politik ohne Furcht vor Polizeigewalt offen kritisieren.

Grünberg ist demokratisch, solidarisch, bunt und weltoffen. Wir stehen für Vielfalt und Toleranz, achten die Meinungsfreiheit, die Versammlungsfreiheit und stehen für die Werte der freiheitlich demokratischen Grundordnung ein.

Aus diesem Grund rufen wir zu einer verbalen Abrüstung, zu einem respektvollen Dialog zwischen Kritikern und Befürwortern der Corona-Schutzmaßnahmen und zu einer Rückkehr zur Sachlichkeit aller Bürger auf.

Wir bedanken uns bei allen Menschen, die helfen die Pandemie zu bekämpfen, deren Folgen zu lindern und sich an die Schutzmaßnahmen halten.

Anlage(n):

- 1 Resolution Versammlungsfreiheit